

Gemeinderat - öffentlich - vom 24.07.2018
1) TOP Bürgerfragen

Keine

2) TOP 1-066/18 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung gefassten Beschlüsse

Beschluss:

Die in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 26. Juni 2018 gefassten Beschlüsse wurden bekannt gegeben.

3) TOP 4-108/18 Realschule / Neubau - Vorgehen Vergabeverfahren

Herr Oberbürgermeister Pauly begrüßt Herrn Klaus Buck, den geschäftsführenden Gesellschafter der Atrium Projektmanagement GmbH.

Herr Buck erläutert die Anlage mit der Übersicht über das Vergabeverfahren und stellt die Vor- und Nachteile der jeweiligen Wettbewerbsverfahren gegenüber. Aus seiner Sicht würde ein nichtoffener Wettbewerb das beste Verfahren darstellen.

Es folgen Fragen der Stadträte:

Stadtrat Blaurock: Möchte wissen, ob eine Preisnachverhandlung zulässig sei.

Stadtrat Vetter: Möchte wissen, ob Herr Buck schon solche Verfahren durchgeführt habe.

Stadtrat Wagner: Fragt nach, ob ein Vergabeverfahren über die KEG möglich sei.

Herr Buck: Er habe schon etliche Verfahren durchgeführt. Die Auswahlkriterien müssten beim Vergabeverfahren schon im Vorfeld genau definiert werden damit sich jedes Büro ein Bild machen könne. Zu Herrn Blaurock: Mehrfachverhandlungen seien nicht möglich.

Herr Unkel: Ein Vertreter des Gemeinderates könne im Vergabeverfahren vertreten sein. Zur Frage von Herrn Wagner: Nach Abwägung sei das Vergabeverfahren bei der Stadt günstiger als bei der KEG.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Vergabe der Architektenleistungen für den Neubau der Realschule einen nichtoffenen Wettbewerb mit einem begrenzten Teilnehmerkreis und vorgeschaltetem Auswahlverfahren durchzuführen.
2. Die Vergabe der Fachplanungsleistungen für die Tragwerksplanung und die technische Ausrüstung sowie gegebenenfalls weitere Planungsleistungen oberhalb des Schwellenwertes soll über ein Verhandlungsverfahren gemäß Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV) erfolgen.

(mehrheitlich Ja, drei Enthaltungen)

4) TOP 4-112/18 Realschule / Neubau - Vergabe Betreuung Vergabeverfahren

Herr Buck stellt in einer Präsentation sein Unternehmen und Referenzprojekte vor. Er erläutert das Angebot das in der Anlage beigefügt ist.

Beschluss:

Die Atrium Projektmanagement GmbH, Reutlingen, wird mit der Betreuung der Vergabeverfahren für die Planungsleistungen für den Neubau der Realschule gemäß der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV) und für die Wettbewerbsbetreuung nach der Richtlinie für Planungswettbewerbe (RPW) entsprechend ihres Angebots beauftragt.

(einstimmig)

**5) TOP 1-059/18 Stadtbus - Ende des 1,00 €-Tickets
Regulärer Fahrpreis ab dem 01.10.2018
Förderung Schülermonatskarte (AboCard)**

Herr Oberbürgermeister Pauly begrüßt Herrn Pandion von der VSB und Herrn Merz von der VGB.

Oberbürgermeister Pauly: Es sei vernünftig, wenn das 1 €-Ticket auslaufe. Die Betreiber jedoch würden sich wünschen, dass das 1 €-Ticket bleibe.

Stadtrat Wagner: Möchte wissen, wie man den Erfolg des 1 €-Tickets gemessen habe.

Stadtrat Vetter: Die SPD-Fraktion sei gegen eine Verlängerung, würde aber den Stadtbus gerne anderweitig fördern, wie z. B. im Tarifbereich (Zehnerkarte). Weitere Maßnahmen seien notwendig. Man plädiere für einfachere Strukturen im Tarifbereich. Die Tarife nach Zonen im Nahverkehr seien unsäglich. Es sei auch zu prüfen, ob nicht Mittel auf Landesebene abgeschöpft werden könnten.

Stadträtin Jarsumbek: Der Trend gehe hin zu einem kostenlosen Nahverkehr. Es gebe genug Aspekte, die dafürsprechen würden. Die GUB spreche sich dafür aus, am 1€ Ticket festzuhalten, solange keine Kurzstreckentarife präsentiert würden.

Stadtrat Hall: Die Tarife (lt. der Anlage) seien nicht zukunftssträftig. Es müsse zu Vereinfachungen kommen. Der Fokus solle auf die Monats- und Dauerkarten gerichtet werden.

Stadtrat Wagner: Es gebe berechtigte Hoffnungen, dass sich die Fahrgastzahlen wie prognostiziert entwickeln würden. Einen kostenlosen Nahverkehr anzubieten, würde heißen, man verlasse das Hüsler-Konzept. Hier müsse ganz neu umgedacht und diskutiert werden.

Stadtrat Baurock: Es sei absehbar, dass es neue Überlegungen zum Nahverkehr gebe. Man habe jetzt Erfahrungen gemacht, die man dann einbringen wolle. Er sei sich nicht sicher, ob ein Jahr reichen würde, um Kunden fester zu binden. Das 1 €-Ticket finde großen Anklang. Es müsse jedoch Druck ausgeübt werden, dass eine andere Möglichkeit im Kreistag und im Verkehrsverbund geschaffen werde, das Ticket günstiger als 2,30 € anzubieten. Donaueschingen habe Vorbildfunktion und es müssten neue Ideen verfolgt werden.

Stadtrat Hall: Er meine, das Hüsler-Konzept solle nicht verändert werden. Die CDU-Fraktion sei jedoch bereit, den Stadtbus weiter zu stärken.

Oberbürgermeister Pauly: Der Erfolg des 1 €-Tickets sei eine Wertung, die er ziehe. Er glaube, das Schnupperangebot von 1 € sei zielführend. Der Beschlussvorschlag könne auch abgeändert werden. Am Ende stehe jedoch die Grundvoraussetzung, nämlich den Verbundtarif. In der heutigen Sitzung könne nur darüber abgestimmt werden, ob das 1 €-Ticket fortgeführt würde oder nicht.

Er fordere Stadträtin Jarsumbek auf, den Antrag zu stellen, das 1 €-Ticket Aktion aufrechtzuerhalten und um ein Jahr (01.10.2018 – 30.09.2019) zu verlängern.

Nach Zustimmung durch Frau Jarsumbek erfolgt eine Abstimmung.

Beschluss: Die 1 €-Ticket Aktion wird um ein Jahr, vom 01.10.2018 bis 30.09.2019, verlängert.

(15 Ja, 15 Nein, eine Enthaltung)

Oberbürgermeister Pauly: Der Antrag sei somit abgelehnt und die Sachlage bleibe damit so, wie im Beschlussvorschlag Ziffer 1 dargestellt:

1. Im Donaubus gilt ab 01.10.2018 der VSB Tarif.

Hierfür brauche es keine Abstimmung mehr.

Zum Thema Schülerbeförderung lässt Oberbürgermeister Pauly wissen, dass der Kreistag abgestimmt habe und die Förderkriterien unverändert bleiben würden. Stadtrat Kaiser bestätigt, dass die Förderung im Landkreis diskutiert worden wäre.

Beschluss:

2. Die bisherige Förderung von 3,50 € / Monat für Schülerinnen und Schüler unter der Voraussetzung, dass diese Schüler
- in Donaueschingen wohnen
 - die AboCard im VSB-Tarif erwerben
 - keine Förderung als Grund- und Förderschüler erhalten, wird beibehalten.

(einstimmig)

6) TOP 1-062/18 Ermächtigung zur Besetzung der Stelle Amtsleitung 9 - Tiefbau

Herr Oberbürgermeister Pauly erläutert die Sitzungsvorlage und merkt an, dass die Ausschreibung am Laufen sei.

Beschluss:

Die Stellenbesetzungskompetenz hinsichtlich der Amtsleitung 9 – Tiefbau wird unter Berücksichtigung der oben beschriebenen Vorgehensweise an Herrn Oberbürgermeister Pauly delegiert.

(einstimmig)

7) TOP 1-064/18 Information des Gemeinderates über neu besetzte Stellen

Herr Oberbürgermeister Pauly erläutert die Sitzungsvorlage. Alle aufgeführten Stellen seien in der Zeit vom 01.03. bis 30.06.2018 besetzt worden.

Beschluss: Die Information wird zur Kenntnis genommen.

8) TOP 1-057/18 Allgemeine Finanzprüfung 2011 - 2014 durch die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg (GPA)

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Abschlussbestätigung des Regierungspräsidiums Freiburg zur allg. Finanzprüfung der Jahre 2011 – 2014 der GPA zur Kenntnis.

9) TOP 1-060/18 Haushalt 2018 - Zwischenbericht zum 30. Juni 2018

Frau Renner führt in die Sitzungsvorlage ein und merkt an, dass es keine hohen Veränderungen in den Budgets gegeben habe.

Stadtrat Wagner: Möchte wissen, warum es bei der Förderung Schulsozialarbeit eine Abweichung von minus 5.500,00 € gegeben habe.

Frau Renner: Die Stelle sei nicht besetzt worden, in Folge dessen habe es keine Zuschüsse gegeben.

Beschluss: Der Finanzbericht zum 30. Juni 2018 wird zur Kenntnis genommen.

10) TOP 1-061/18 Annahme von Spenden - Genehmigung durch den Gemeinderat

Stadtrat Greiner: In der Spendenaufstellung seien Bilder aufgeführt. Er würde gerne wissen, um welche Bilder es sich handle.

Frau Rüllke: Es seien Portraits der Donaueschinger Familie Kirsner. Die Spender seien Nachfahren.

Beschluss: Der Annahme der in der Anlage verzeichneten Spenden wird zugestimmt.

(einstimmig)

11) TOP 5-001/18 Bebauungsplan "Mühlwiesenanger" - städtebaulicher Vertrag

Frau Winterhalter, Ortsvorsteherin von Hubertshofen berichtet darüber, dass Hubertshofen dringend Bauplätze brauche. Es gebe Baulücken, jedoch seien die Privateigentümer nicht bereit zu verkaufen. Der Stadt sei vor Jahren ein großes Grundstück mit einem denkmalgeschützten Bauernhof angeboten worden. Den Kauf habe die Stadt aufgrund des Denkmalschutzes abgelehnt. Es sei ein Glücksfall, dass Herr Bruckner das Grundstück gekauft habe und bereit sei, ein kleines Baugebiet mit zehn Bauplätzen zu entwickeln. Die Einwohner würden sich auf das Baugebiet freuen. Von zehn Bauplätzen seien schon sechs vergeben. Frau Winterhalter begrüßt Herrn Bruckner, den ortsansässiger Investor, im Publikum.

Stadtrat Blaurock: Es sei kein Hubertshofener Problem, sondern ein Grundsatzproblem. Die Grünen-Fraktion wolle keine Neubaugebiete mehr ausweisen, sondern Baulücken schließen. Man müsse über neue Verfahrensweisen nachdenken, um an Baulücken heranzukommen. Die Grünen-Fraktion würde sich beim Beschluss der Stimme enthalten.

Stadträtin Jarsumbek: Die GUB schließe sich der Ausführung der Grünen an. Es sei nicht richtungsweisend, immer nur neue Baugebiete auszuweisen.

Bürgermeister Kaiser: Er meine, Hubertshofen sei nun ein schlechtes Beispiel, denn es gebe nicht viele Baulücken. Man habe die Aufstellung des Bebauungsplanes Mühlwiesenanger im vereinfachten Verfahren nach § 13 b BauGB beschlossen. Dies sei bei Bebauungsplänen, die kleiner als 10.000 Quadratmeter seien, möglich.

OV Frau Winterhalter: Sie gebe Herrn Bürgermeister Kaiser recht. Seit 30 Jahren würde man sich bemühen, an privates Bauland zukommen, jedoch ohne Erfolg. Der Ort sei dringend auf Bauland angewiesen.

Stadtrat Roland Erndle: Er finde, Baulücken seien Lebensqualität. Es müsse nicht alles zugebaut werden. Freiflächen dürften sein. Die Dörfer hätten ein Recht, sich zu entwickeln.

Stadtrat Hall: Er stimme Herrn Bürgermeister Kaiser zu. Hubertshofen sei ein vitaler Ort und man hätte auch gern an einer anderen Stelle ein Baugebiet gehabt.

Beschluss: Dem beigefügten städtebaulichen Vertrag wird zugestimmt.

(mehrheitlich Ja, sieben Enthaltungen)

12) TOP 4-098/18 Bebauungsplan "Mühlwiesenanger" - Satzungsbeschluss

Herr Unkel erläutert die Sitzungsvorlage. Der ausgewiesene Grünstreifen solle privat bleiben.

Beschluss:

Der Bebauungsplan „Mühlwiesenanger“ wird entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Abwägungstabelle nach § 10 Abs.1 BauGB als Satzung beschlossen.

(mehrheitlich Ja, sieben Enthaltungen)

13) TOP 4-109/18 Kindertagesstätte Am Buchberg / Architekten und Fachplanerleistungen - Vergabe

Beschluss:

In der Kenntnis der aktuellen Sachlage empfiehlt der Gemeinderat dem Aufsichtsrat der Konversions- und Entwicklungsgesellschaft mbH Donaueschingen, mit den Planungsleistungen für den Neubau der Kindertagesstätte Am Buchberg folgende Planungsbüros zu beauftragen:

- Architektenleistungen:
Alexander Schmid, Donaueschingen
- Tragwerksplanung:
Ingenieurbüro Sättele, Löffingen-Unadingen
- Fachplanung Heizung, Lüftung, Sanitär:
Ecoplan GmbH, Blumberg
- Fachplanung Elektrotechnik:
TAG Engineering, Tuttlingen

(mehrheitlich Ja, eine Enthaltung)

14) TOP 4-106/18 Erschließung Am Buchberg / Donaueschingen - Vergabe

Beschluss:

Die Firma J. Friedrich Storz GmbH & Co KG, NL Donaueschingen, wird mit den Erschließungsarbeiten in Höhe von 515.807,33 € beauftragt.

(mehrheitlich Ja, eine Enthaltung)

**15) TOP 4-104/18 Anbindung L 180 mit Erschließung Gewerbegebiet Längefeld /
Wolterdingen - Vergabe**

Beschluss:

Die Firma A.M. Müller GmbH & Co KG, Zimmern o. R., wird mit den Bauarbeiten zum Angebotspreis von 1.768.798,06 € (Angebotssumme abzüglich Aufträge Gas und Breitband) beauftragt.

(mehrheitlich Ja, zwei Enthaltungen)

16) TOP 4-107/18 Wolfsbach in Wolterdingen / naturnahe Umgestaltung - Vergabe

Beschluss:

Die Ausschreibung der Arbeiten zur naturnahen Umgestaltung wird gem. § 17 VOB / A aufgehoben.

(einstimmig)

17) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

1.)

Stadträtin Weishaar: Im Rathaus I habe Herr Bunse einen Vortrag vor der Architektenkammer gehalten, bei der sie anwesend gewesen sei. Es sei beschämend gewesen, mitzuerleben, mit welchen Bemühungen sechs gehbehinderte Personen (von ca. 100 Personen) in den Sitzungssaal hätten gelangen müssen. Es gebe keinen Handlauf und es würde erhebliche Sturzgefahr bestehen. Sie hätte mehrmals ihren Atem anhalten müssen und erst wieder aufatmen können, als niemand gestürzt sei. Der vor Jahren geplante Aufzug sei aus dem Haushaltsplan herausgenommen worden. Sie fordere, dass die Planungen wiederaufgenommen werden. Einen Antrag seitens der GUB würde kommen.

Oberbürgermeister Pauly: Das Thema Aufzug könne in die Haushaltsberatungen aufgenommen werden.

OV Merkle: Er kenne das Problem von Gehbehinderten, da in Heidenhofen der Gemeinschaftsraum ebenfalls nicht barrierefrei sei. Er meine aber, es gebe Geräte oder Lifte (auch leihweise) für Treppen. Eventuell könne dies eine Übergangslösung für das Rathaus I darstellen.

2.)

Stadtrat Vetter: Er weise auf die Verkehrssituation Karlstraße/Schulstraße hin. Ein Abbiegen sei schwierig, wenn nicht für den Bus gar unmöglich. Man müsse hier Abhilfe schaffen.

Bürgermeister Kaiser: Die Insel solle überfahrbar werden, ansonsten ganz wegkommen. Die acht Parkplätze auf der Seite der ehemaligen Sonne aufzuheben, sei nicht sinnvoll. Wenn die Busse stark rechts ausholen, müsste der Platz reichen. Ein weiteres Problem an der Ecke Karlstraße/Schulstraße sehe er darin, dass die Verkehrsteilnehmer die Vorfahrtsregelung aus Gewohnheit nicht akzeptieren würde.

Herr Dereck: Er bestätige die Aussage von Bürgermeister Kaiser. Es werde nach Lösungen gesucht. Von der Rechts- vor-Links-Regelung kann nicht abgewichen werden.

3.)

Stadtrat Widmann: Er möchte wissen, ob ERL-Anträge gestellt seien.

Herr Kottmann: Die ERL-Anträge würden gesammelt und dann zusammen eingereicht.

4.)

Stadträtin Wiemer: Sie finde die Schilder an der Kreuzung Karlstraße/Schulstraße seien irreführend. Man solle ein Schild „Vorfahrtgewährung“ aufstellen.

Herr Dereck: Die Beschilderung sei eindeutig und die StVO gebe wenig Spielräume. Es sei davon auszugehen, dass sich die Verkehrsteilnehmer an die neue Regelung bald gewöhnen haben. .